

Gründung einer Societas Iuris Publici Europaei (SIPE)

Heinz Schäffer, Salzburg/Wien

1. Vorgeschichte

Schon vor Jahren entstand die Idee einer engeren und institutionalisierten wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Öffentlichrechtler in Europa. Eine erste derartige Initiative wurde 1983 nach einer Fachtagung der Öffentlichrechtler-Gruppe ehemaliger Stipendiaten der Alexander von Humboldt-Stiftung¹ von Mitgliedern der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer (*Tomuschat, Schmidt-Aßmann, Ossenbühl, Papier, Kloepfer, Brunner, Schäffer*) im Zusammenwirken mit Kollegen aus Ost und West (insb *Barnes, Czeszejko-Sochacki, Garlicki, Halmai, Lopez Pina, Ude, Wyrzykowski* ua) ergriffen und führte zu einigen wenigen rechtsvergleichenden Nachfolge-Konferenzen, die jeweils von Angehörigen dieser Gruppe am gewählten Veranstaltungsort organisiert wurden (Warschau 1994: „Eigentum im Umbruch – Restitution, Privatisierung und Nutzungskonflikte im Europa der Gegenwart“, Wien 1997: „Fortschritte und Entwicklungsmöglichkeiten der Verwaltungsrechtskodifikation“). Diese lockere Kooperation konnte leider nicht auf die Dauer institutionalisiert werden.

2. Der Plan zur Gründung einer europäischen Vereinigung für öffentliches Recht

Andererseits wurde bei der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer (VDStRL), die immer schon Mitglieder aus den drei deutschsprachigen

¹ 1993 in Ludwigsburg. Siehe die Publikation *Tomuschat/Kötz/von Maydell* (Hrsg.), Europäische Integration und nationale Rechtskulturen (1995).

Staaten (Deutschland, Österreich, Schweiz) hatte und gerne ausländische Gäste bei ihren Tagungen willkommen heißt, seit einigen Jahren (seit 1999) am Rande der Jahrestagung ein Arbeitskreis „Europäisches Verfassungsrecht“ abgehalten.

Die entscheidende Initiative erfolgte auf der Würzburger Tagung (Oktober 2001), wo eine frühere Anregung aufgegriffen und eine entsprechende Initiativkommission konstituiert wurde. In der Folge kam es 2002 bei der Jahrestagung der VDStRL in St.Gallen zu einer Gründungskonferenz, an welcher Interessenten und Proponenten aus ganz Europa teilnahmen. Bei dieser Versammlung wurde die Gründungsidee einhellig begrüßt. Es wurden die Vorschläge der Initiativkommission ausführlich diskutiert und die Grundzüge einer künftigen Satzung (teilweise im Abstimmungswege) festgelegt.

Die Idee zur Gründung einer eigenständigen wissenschaftlichen Vereinigung beruht auf folgenden Überlegungen. Die nationalen Rechtsordnungen des öffentlichen Rechts stehen zunehmend unter dem bestimmenden Einfluss des europäischen Rechts und müssen zahlreiche gemeinsame Probleme bewältigen. Vieles wird schon heute durch europarechtliche Vereinigungen, bilaterale Juristentreffen sowie durch internationale Tagungen und Symposien zu europäischen Einzelthemen geleistet, es bedarf aber einer wesentlichen Ergänzung. Die immer weiter reichenden Einwirkungen des europäischen Rechts auf die einzelstaatlichen Rechtsordnungen und die rasante Weiterentwicklung des europäischen Rechts selbst auf seinen verschiedenen Ebenen erfordern eine ständige wissenschaftliche Aufarbeitung des Verhältnisses von europäischem Recht und nationalem öffentlichem Recht und ein vertieftes Rechtsgespräch der europäischen Juristen untereinander.

Das Ziel ist eine europäische Rechtswissenschaft des öffentlichen Rechts.

Sie wird befruchtet durch Rechtsvergleichung und Herausarbeitung einheitlicher Rechtsgrundsätze. Diesem Ziel dient die Gründung einer europäischen wissenschaftlichen Vereinigung, die sich die Pflege dieser Anliegen zur Aufgabe macht. Regelmäßige Tagungen sollen engere persönliche Verbindungen schaffen und einen kontinuierlichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch ermöglichen. So werden die Kenntnis und das Zusammenwachsen der nationalstaatlichen Rechtsordnungen im europäischen Rahmen gefördert.

In Verwirklichung dieser Grundidee kam es schließlich am 5. April 2003 in Frankfurt am Main zur Gründung der Societas Iuris Publici Europaei e. V. (SIPE).²

² Am Vorabend der Gründungssitzung fand auf Einladung von *Manfred Zuleeg* eine Tagung des Gesprächskreises „Europäisches Verfassungsrecht“ im Gästehaus der Universität Frankfurt statt. Sie stand unter dem Generalthema „Die Arbeit des Verfassungskonvents und der Parlamentarismus“. Referenten waren *Jürgen Meyer* (deutsches Konventsmitglied), *Constance Grewe* (Univ. Straßburg) und *Siegfried Magiera* (DHV Speyer).

3. Die Societas Iuris Publici Europaei e.V. (SIPE) – Grundidee, Struktur, künftige Aktivitäten

Die SIPE hat nach ihrer Satzung die Aufgabe, Fragen des öffentlichen Rechts in Europa unter Einschluss seiner Wirkung auf das gesamte Recht wissenschaftlich zu erörtern und zu klären. Der Wirkungsbereich der SIPE ist folglich nicht auf das Verfassungsrecht beschränkt, wengleich diesem naturgemäß besonderes Augenmerk geschenkt wird. Probleme des europäischen Verwaltungsrechts und der Harmonisierung und Entwicklung der nationalen Verwaltungsrechtsordnungen unter europäischem Einfluss werden gleichermaßen in die Betrachtung einbezogen werden.

Mitglied der SIPE kann werden, wer sich wissenschaftlich mit dem öffentlichen Recht beschäftigt und dies insbesondere durch herausragende Veröffentlichungen nachgewiesen hat. Gedacht ist in erster Linie an Universitätsprofessoren und habilitierte Dozenten des öffentlichen Rechts, aber auch an hervorragende Praktiker des öffentlichen Rechts mit entsprechendem literarischem Ausweis. Das Aufnahme-Verfahren wird durch Vorschlag von mindestens drei Mitgliedern der SIPE in Gang gebracht, die Mitgliedschaft wird, sofern kein Bedenken obwaltet, dem künftigen Mitglied vom Vorstand angetragen.

Die SIPE hält mindestens alle zwei Jahre eine Mitgliederversammlung ab, die mit einer wissenschaftlichen Tagung zu verbinden ist. Verhandlungssprachen der Gesellschaft sind Deutsch, Englisch und Französisch. (Die Sprache des Tagungsortes ist ebenfalls Verhandlungssprache, wenn eine Übersetzung in eine der drei genannten Sprachen gewährleistet ist.)³

Die Satzung in den drei Verhandlungssprachen wird hier im Anhang wiedergegeben. Sie findet sich – zusammen mit einem Verzeichnis der

³ Zum Sprachen-Problem allgemein: *Georges Lüdi*, Welche Sprache(n) für die Wissenschaft?, in *Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (Hrsg.), *Langues et production du savoir/Sprachen und Wissensproduktion/Lingue e produzione del sapere* (2003) 75–82, sowie *Wolfgang Mackiewicz*, *Plurilingualism in the European Knowledge Society*, ebd 9–18.

Die im Rahmen der SIPE gefundene Lösung war ein Kompromiss zwischen mehreren Gesichtspunkten. Einerseits ist das Englische heute die lingua franca der Welt (und auch in vielen Wissenschaftsbelangen, obwohl es gerade im Bereich des Rechts zahlreiche Besonderheiten und Schwierigkeiten aufweist), andererseits ist das Französische die andere praktisch dominierende Sprache in den europäischen Institutionen, und schließlich ist nicht zu verkennen, dass die wesentlichen Gründungsinitiativen für die SIPE aus dem deutschen Sprachkreis kamen, der seinerseits einen bevölkerungsmäßig besonders großen Sprachraum ausmacht. Dabei wurde keineswegs vergessen, dass zB das Spanische weltweit betrachtet eine der am häufigsten verwendeten Sprachen überhaupt ist, und es wurde auch die Größenordnung der Heimatländer künftiger Mitglieder der SIPE keineswegs verkannt. Der pragmatische Kompromiss fußt vor allem auf der Überlegung, dass die genannten Verhandlungssprachen der SIPE bei den meisten künftigen Mitgliedern hinreichend bekannt sind, um eine europaweite wissenschaftliche Diskussion und Kommunikation voranzutreiben.

Mitglieder und weiteren Informationen über die Societas Iuris Publici Europaei – überdies im Internet unter der Adresse: www.sipe-eu.de.

Der Vorstand besteht satzungsgemäß aus mindestens fünf und höchstens sieben Mitgliedern, wobei auf eine regionale Ausgewogenheit zu achten ist. Die Vorstandsmitglieder werden auf vier Jahre gewählt und dürfen grundsätzlich nur einmal wiedergewählt werden; der Präsident darf nicht wiedergewählt werden. Dadurch soll eine genügende Rotation zwischen Nationen und Generationen zustande kommen. Die Gründungsversammlung wählte folgende Personen in den ersten Vorstand:

Christian Starck (Göttingen) als Präsident,
Hartmut Bauer (Dresden) als Generalsekretär, sowie
Pedro Cruz Villalón (Madrid),
Antonio d'Atena (Rom),
Constance Grewe (Straßburg),
Julia Iliopoulos-Strangas (Athen),
Heinz Schäffer (Salzburg/Wien)

als weitere Vorstandsmitglieder. In vier Jahren wird Gelegenheit bestehen, die regionale Zusammensetzung des Vorstandes nach Osteuropa, England oder Skandinavien zu erweitern.

Die erste Tagung der SIPE wird 2004 auf Einladung der griechischen Gründungsmitglieder in Griechenland stattfinden (und zwar ~~in der Zeit vom 2. bis 5. Juni~~ 2004 auf der Insel Kreta). Als Themen dieser Tagung sind in Aussicht genommen:

1. Grundrechtsschutz in der Neuen Union
2. Strukturen und Funktionsweise europäischer Eigenverwaltung in der Neuen Union.

Anhang

Satzung der Societas Iuris Publici Europaei

beschlossen am 5. April 2003

Artikel 1

(I) Name des Vereins ist Societas Iuris Publici Europaei [SIPE]. Der Verein hat die *Aufgabe*, Fragen des öffentlichen Rechts in Europa unter Einschluss seiner Wirkung auf das gesamte Recht wissenschaftlich zu erörtern und zu klären. Sitz des Vereins ist Göttingen. Der Verein soll eingetragen werden.

(II) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Er ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaft-

am 23./24. Ju

liche Zwecke. Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

(III) Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Artikel 2

(I) *Mitglied* der SIPE kann werden, wer sich wissenschaftlich mit dem öffentlichen Recht beschäftigt und dies insbesondere durch herausragende Veröffentlichungen nachgewiesen hat.

(II) Das Aufnahmeverfahren wird eingeleitet durch Vorschlag von mindestens drei Mitgliedern der SIPE. Der Vorschlag, dem der Lebenslauf und das Schriftenverzeichnis des/der Vorgeschlagenen beizufügen sind, ist kurz schriftlich zu begründen.

(III) Ist der Vorstand einstimmig der Auffassung, dass die Voraussetzungen für den Erwerb der Mitgliedschaft erfüllt sind, so verständigt er im nächsten Rundschreiben die Mitglieder von seiner Absicht, dem/der Vorgeschlagenen die Mitgliedschaft anzutragen. Widersprechen mindestens fünf Mitglieder oder bestehen Zweifel im Vorstand, beschließt die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Stimmen über die Aufnahme.

Artikel 3

(I) Der *Vorstand* besteht aus mindestens fünf und höchstens sieben Mitgliedern. Bei der Zusammensetzung des Vorstandes soll auf regionale Ausgewogenheit geachtet werden.

(II) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf vier Jahre gewählt. Diese wählt ein Mitglied des Vorstandes zum Präsidenten/zur Präsidentin und ein Mitglied zum Generalsekretär/zur Generalsekretärin. Der Präsident/die Präsidentin kann nicht wiedergewählt werden. Die übrigen Mitglieder dürfen grundsätzlich nur einmal wiedergewählt werden.

(III) Der Präsident/die Präsidentin und der Generalsekretär/die Generalsekretärin vertreten den Verein; jeder/jede von ihnen ist allein vertretungsbe-rechtigt.

(IV) Scheidet der Präsident/die Präsidentin oder der Generalsekretär/die Generalsekretärin zwischen zwei Mitgliederversammlungen aus, bestimmt der Vorstand, welches Vorstandsmitglied bis zur nächsten Mitgliederversammlung dessen/deren Aufgaben wahrnimmt.

(V) Zur Vorbereitung einer Tagung kann sich der Vorstand um ein Mitglied, das am Tagungsort ansässig ist, ergänzen. Dieses kooptierte Mitglied hat kein Stimmrecht.

Artikel 4

(I) Die SIPE hält mindestens alle zwei Jahre eine *Mitgliederversammlung* ab, die mit einer wissenschaftlichen Tagung zu verbinden ist. Tagesordnung, Themen und Tagungsort werden vom Vorstand festgelegt. Ladung mit Tagesordnung ist mindestens drei Monate vorher den Mitgliedern mitzuteilen.

(II) Der Vorstand ist verpflichtet, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn dies der fünfte Teil der Mitglieder unter Angabe des Zweckes und der Gründe schriftlich verlangt.

(III) Die *Verhandlungssprachen* sind Deutsch, Englisch und Französisch. Die Sprache des Tagungsortes ist auch Verhandlungssprache, wenn eine Übersetzung in eine der in Satz 1 genannten Sprachen gewährleistet ist.

(IV) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung wird eine Niederschrift erstellt, die der Präsident/die Präsidentin oder der Generalsekretär/die Generalsekretärin unterschreibt.

Artikel 5

(I) Der *Mitgliedsbeitrag* wird von der Mitgliederversammlung festgelegt. Aus besonderen Gründen kann der Vorstand den Beitrag ermäßigen.

(II) Mitglieder, die drei Jahre hintereinander ihren Mitgliedsbeitrag nicht bezahlt haben, sind vom Beginn des vierten Jahres an nicht mehr Mitglieder der SIPE. Der Generalsekretär/die Generalsekretärin stellt den *Ausschluss* fest und teilt diesen dem/der Ausgeschlossenen unter Hinweis auf die Satzung mit.

Artikel 6

(I) *Satzungsänderungen* bedürfen einer Zweidrittelmehrheit in der Mitgliederversammlung und der Eintragung ins Vereinsregister.

(II) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Alexander von Humboldt Stiftung, Bonn.

gezeichnet:

<i>Constance Grewe</i>	<i>Pedro Cruz</i>	<i>Julia Iliopoulos-Strangas</i>
<i>Hartmut Bauer</i>		<i>Antonio D'Atena</i>
<i>Heinz Schäffer</i>		<i>Christian Starck</i>

Statuts de la Societas Iuris Publici Europaei

adoptés le 5 avril 2003

Article 1

(I) L'association est dénommée Societas Iuris Publici Europaei [SIPE]. Elle a pour *but* la discussion et la clarification scientifiques de questions relevant du droit public de l'Union européenne et des Etats membres y compris leur effet sur le droit tout entier. Le siège social de l'association est à Göttingen. L'association sera déclarée.

(II) L'association défend exclusivement et directement des intérêts d'utilité publique. Elle agit avec désintéressement et ne poursuit pas principalement un but lucratif. Les ressources de l'association ne peuvent être utilisées que conformément aux statuts.

(III) Les membres ne reçoivent pas de subsides sur les ressources de l'association. Nul n'est favorisé par des dépenses étrangères au but de l'association ou par des rémunérations disproportionnées.

Article 2

(I) Peut devenir *membre* de la SIPE toute personne qui manifeste son intérêt scientifique pour le droit public, notamment par des publications d'excellente qualité.

(II) La procédure d'admission est déclenchée par la proposition d'au moins trois membres de la SIPE. La proposition à laquelle est annexée le curriculum vitae et la liste des publications du candidat/de la candidate, comporte une brève motivation écrite.

(III) Si le Comité exécutif est unanime pour estimer que les conditions d'admission sont remplies, il informe par circulaire les membres de son intention de proposer au candidat/à la candidate l'admission dans l'association. Si cinq membres au moins s'y opposent ou si des doutes subsistent au sein du Comité exécutif, l'Assemblée générale décide à la majorité des voix.

Article 3

(I) Le *Comité exécutif* est composé de cinq membres au moins et de sept au plus. Sa composition est fixée en tenant compte d'une pondération régionale.

(II) Le Comité exécutif est élu par l'Assemblée générale pour un mandat de quatre ans. Celle-ci élit parmi les membres du Comité exécutif un Président/une Présidente et un Secrétaire général/une Secrétaire générale. Le Président/la Présidente n'est pas rééligible. Les autres membres ne peuvent en principe être réélus qu'une fois.

(III) Le Président/la Présidente et le Secrétaire général/la Secrétaire générale représentent l'association. Chacun/chacune a plein pouvoir de représentation.

(IV) En cas de vacance du poste de Président ou de Secrétaire général entre deux Assemblées générales, le Comité exécutif désigne parmi ses membres une personne chargée de remplir cette fonction jusqu'à l'Assemblée générale suivante.

(V) Pour la préparation d'un congrès, le Comité exécutif peut coopter un membre résidant au lieu du congrès. Ce membre ne dispose pas du droit de vote.

Article 4

(I) La SIPE organise au moins une fois tous les deux ans une *Assemblée générale* à l'occasion d'un congrès scientifique. L'ordre du jour de l'Assemblée, les thèmes du congrès et le lieu de la manifestation sont fixés par le Comité exécutif. La convocation avec l'ordre du jour doit être communiquée aux membres au moins trois mois plus tôt.

(II) Le dépôt par un cinquième des membres d'une demande écrite indiquant les motifs et le but de la réunion oblige le Comité exécutif à convoquer une Assemblée générale.

(III) Les *langues* des réunions de l'association sont l'allemand, l'anglais et le français. La langue du lieu du congrès peut également être utilisée, si une traduction dans l'une des langues mentionnées ci-dessus est assurée.

(IV) Les décisions adoptées par l'Assemblée générale sont consignées dans un procès-verbal signé par le Président/la Présidente ou le Secrétaire général/la Secrétaire générale.

Article 5

(I) Le montant de la *cotisation* annuelle des membres est fixée par l'Assemblée générale. Le Comité exécutif peut, pour des raisons particulières, réduire la cotisation.

(II) Si un membre de l'association n'a pas versé sa cotisation pendant une période de trois ans, il est exclu à partir du début de la quatrième année. Le Secrétaire général/la Secrétaire générale constate l'*exclusion* et la communique à la personne exclue par référence aux statuts.

Article 6

(I) Les statuts peuvent être *modifiés* à la majorité des deux tiers de l'Assemblée générale. La modification requiert un enregistrement.

(II) En cas de dissolution de l'association ou de disparition des intérêts fiscalement favorisés, les biens de l'association reviennent à la Fondation Alexander von Humboldt, Bonn.

Signé:

Constance Grewe Pedro Cruz Julia Iliopoulos-Strangas
 Hartmut Bauer Antonio D'Atena
 Heinz Schäffer Christian Starck

Articles of Association of the Societas Iuris Publici Europaei

adopted 5 April, 2003

Article 1

(I) The name of the society is Societas Iuris Publici Europaei (SIPE); the *goal* of the society, as an academic forum, is to discuss and to clarify questions of public law including its impact on the legal system as a whole. The society has its seat in Göttingen. The society shall be registered as an association.

(II) The society pursues exclusively and directly non-profit-making goals. It acts impartially and does not pursue economic goals. The resources of the society may be used only in conformity with these articles.

(III) The members are not entitled to receive any payments from the resources of the society. Payments may not be made to any person for purposes inconsistent with the goals of the society; no disproportionate payments may be made.

Article 2

(I) Any person engaged in scholarship relating to public law may become a *member* of the SIPE. Such scholarship must be proved, especially by outstanding publications.

(II) The procedure for admission to the SIPE shall be opened upon the motion of at least three members of the SIPE. The motion, supplemented by the curriculum vitae and by the bibliography of the nominee, must be accompanied by a short statement of reasons.

(III) If the Executive Committee is of the opinion that the conditions for membership are fulfilled, it shall inform the members about its intention to offer membership to the nominee in the next circular. If at least five members oppose membership or should doubts exist in the Executive Committee, the General Meeting shall decide the matter by a simple majority of votes.

Article 3

(I) The *Executive Committee* shall consist of at least five and at most seven members. The composition of the Executive Committee shall have regard to a regional balance.

(II) The Executive Committee shall be elected by the General Meeting for a period of four years. The General Meeting elects one member of the Executive Committee as President and another member as Secretary General. The President may not be reelected, the other members of the Executive Committee may be reelected only once.

(III) The President and the Secretary-General shall represent the society and each of them shall be able to act for it independently.

(IV) In case of vacancy of the post of President or of Secretary-General between two General Meetings, the Executive Committee shall decide which member of the committee will perform the tasks concerned until the next General Meeting takes place.

(V) In order to prepare a congress, the Executive Committee may co-opt a member resident at the place of congress. This member shall have no right to vote.

Article 4

(I) The SIPE shall organise a *General Meeting*, which shall be linked to a congress, at least once every two years. The agenda of the General Meeting, the subjects of the congress and the place of the gathering shall be fixed by the Executive Committee. The invitation, together with the agenda, must be communicated to the members at least three months in advance.

(II) On presentation of a reasoned written demand by at least one fifth of the members, the Executive Committee shall call a General Meeting.

(III) The *working languages* of the SIPE shall be English, French and German. The language of the place of congress may be used, too, if simultaneous translation into one of the aforementioned working languages is guaranteed.

(IV) Minutes of the decisions of the General Meeting must be taken and signed by the President or the Secretary-General.

Article 5

(I) The *annual subscription* of each member shall be fixed by the General Meeting. For special reasons, the Executive Committee may reduce the subscription.

(II) Members who fail to pay their subscription three years running shall be excluded from the beginning of the fourth year on. The Secretary-General

shall determine a case of exclusion and communicate it to the former member with reference to these articles.

Article 6

(I) To be approved, *amendments of these articles must be adopted* by a two-thirds majority in the General Meeting and be entered in the register of associations.

(II) In the case of dissolution of the Society or of abolition of associated tax privileges, its property shall accrue to the Alexander von Humboldt Stiftung, Bonn.

Signed:

Constance Grewe Pedro Cruz Julia Iliopoulos-Strangas
Hartmut Bauer Antonio D'Atena
Heinz Schäffer Christian Starck